

München,
31.01.2014

Resolution

der abl, des BLLV und der GEW zu den geplanten Streichungen von Lehrerstellen



Angesichts der neuesten Meldungen der Bayerischen Staatsregierung, die erstmals seit Jahren die Kürzung von Lehrerstellen angekündigt hat, zeigen sich die bayerischen Lehrerverbände erschüttert, verärgert, getäuscht und betroffen. Dass ein Teil der sogenannten demografischen Rendite zum 1. August 2014 in Form von 830 Lehrerstellen gestrichen werden sollen, sei ein volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Es gebe keine sachlichen Rechtfertigungen für die angekündigten Einsparungen. Vielmehr konterkariere die Bayerische Staatsregierung ihre eigenen Vorgaben, den Inklusionsprozess weiterzuentwickeln, die Ganztagsangebote auszubauen und die individuelle Förderung zu gewährleisten. Bildung ist die wichtigste Ressource in unserem Land und zentrale Antwort auf die sozialen Probleme des 21. Jahrhunderts! Mit den geplanten Stellenstreichungen könnte der Bildungsauftrag der Schulen, welcher von Jahr zu Jahr umfangreicher wird, nur noch unzureichend erfüllt werden. Die bayerischen Lehrerverbände werden dies nicht hinnehmen und gegen diese Pläne vorgehen.

Wenn wir den Bildungsstandort Bayern erhalten und die Qualität der Schulen ausbauen wollen, muss ein Umdenken einsetzen. Ohne Investitionen können diese Ziele nicht erreicht werden.

Positionen der bayerischen Lehrerverbände und der GEW zu den geplanten Streichungen von Lehrerstellen:

- Unsere Kinder und Jugendlichen benötigen bestausgebildete Lehrkräfte. Die übergroße Belastung von Referendarinnen und Referendaren in der Ausbildung muss sofort beendet und die Anstellungssituation erfolgreich ausgebildeter Lehrkräfte deutlich verbessert werden!
- Darüber hinaus müssen alle im System befindlichen Lehrerstellen an den Schulen erhalten werden!
- Die Vereinbarung von 2008, wonach die „demografische Rendite“, also die an den Schulen durch Schülerrückgänge frei werdenden Stellen, dort erhalten bleiben soll, darf unter keinen Umständen verwässert werden!
- Die pädagogische Qualität des Unterrichts an bayerischen Schulen muss konstant gewährleistet werden.
- Kinder und Jugendliche brauchen größte Aufmerksamkeit und ausreichend Zeit für ihre Entwicklung. Sie haben einen Anspruch auf gute Bildung und sind unsere Zukunft. Angesichts immer neuer Zusatzaufgaben müssen neue Stellen im Haushalt für mehr Lehrkräfte geschaffen werden.

- Um zu verhindern, dass immer mehr Lehrkräfte krankheitsbedingt vor dem regulären Pensionsalter aus dem Dienst ausscheiden müssen, müssen Klassen verkleinert und die Lern- und Arbeitsbedingungen verbessert werden!
- Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund wächst in Bayern beständig. Aus diesem Grund muss die konsequente Sprachförderung von der Kita bis zu den beruflichen Schulen gewährleistet werden. Die gezielte Förderung dieser Kinder in der deutschen Sprache zählt zu den zentralen Aufgaben und muss durch den entsprechenden Einsatz an Lehrkräften begleitet werden.
- Inklusion kann nur gelingen, wenn zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung stehen.
- Unterrichtsausfall an Bayerns Schulen muss unter allen Umständen verhindert werden!
Unsere Schülerinnen und Schüler haben ein Recht auf Unterrichtsgarantie. Daher muss die zusätzliche Personalversorgung zur Vermeidung von Unterrichtsausfall dringend aufgestockt werden.
- Der von der Bayerischen Staatsregierung geplante Ausbau des Ganztagsangebots und der Erhalt der kleinen Schulen auf dem Land erfordern dringend zusätzlich qualifiziertes Personal!